

Antrag

des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

Regionale Verteilung von Rückzahlungsaufforderungen für Corona-Soforthilfen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. in wie vielen Fällen (aufgeschlüsselt nach Stadt- und Landkreisen) Corona-Soforthilfen ganz oder teilweise zurückgefordert wurden;
2. in welcher Höhe insgesamt (aufgeschlüsselt nach Stadt- und Landkreisen) Corona-Soforthilfen zurückgefordert wurden;
3. wie viele Fälle von Rückforderungen Empfängerinnen und Empfänger (aufgeschlüsselt nach Stadt- und Landkreisen) betrafen, die die Soforthilfe bis einschließlich 7. April 2020 beantragt hatten (Fallgruppe 1);
4. in welcher Höhe insgesamt von Empfängerinnen und Empfängern (aufgeschlüsselt nach Stadt- und Landkreisen) dieser Fallgruppe Soforthilfen zurückgefordert wurden;
5. in welcher Höhe Rückzahlungen von Empfängerinnen und Empfängern dieser Fallgruppe (aufgeschlüsselt nach Stadt- und Landkreisen) bereits erfolgt sind.

28.10.2025

Dr. Weirauch, Dr. Fulst-Blei, Wahl, Cuny, Fink SPD

Begründung

Der Verwaltungsgerichtshof hat in mehreren Musterverfahren geurteilt, dass Rückzahlungsaufforderungen an Empfängerinnen und Empfänger, die Corona-Soforthilfe bis einschließlich 7. April 2020 auf Grundlage einer Richtlinie des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg beantragt hatten, rechtswidrig waren. Daher stellen sich Fragen zur regionalen Verteilung der von der CDU-Wirtschaftsministerin verantworteten rechtswidrigen Rückzahlungsaufforderungen, da mit diesen Unternehmen und Selbständigen im jeweiligen Stadt- bzw. Landkreis Liquidität entzogen wurde.